

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stadtratsfraktion Ebersberg

SPD-Stadtratsfraktion Ebersberg

Pro Ebersberg - Stadtratsfraktion Ebersberg

An den Ersten Bürgermeister
Uli Proske
Marienplatz 1
85560 Ebersberg

Ebersberg, 11. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Herr Proske,

die Stadtratsfraktionen von Bündnis 90 / Die GRÜNEN, SPD und Pro Ebersberg stellen folgenden

Antrag:

- Die Stadt Ebersberg tritt der Koalition von inzwischen über 192 Städten und Landkreisen („Seebrücke – Städte sicherer Häfen“) bei, die ihre Solidarität mit Menschen auf der Flucht und ihre Bereitschaft zur Aufnahme von in Seenot geretteten Menschen erklärt haben.
- Die Stadt Ebersberg, vertreten durch Herrn Bürgermeister Proske, positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung im Mittelmeer.
- Herr Bürgermeister Proske wird gebeten, sich an das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat für die Schaffung gesetzlicher Grundlagen (AufenthG) zur erleichterten freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten durch Bund, Länder und Kommunen einzusetzen. Des Weiteren möge der Bürgermeister die Bereitschaft der Stadt Ebersberg zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten, die aus Seenot gerettet wurden, bekunden. Gleichwohl ist hierzu eine Abstimmung mit den Akteuren in der Stadt, die sich um die Flüchtlinge in den Flüchtlingsunterkünften kümmern, Voraussetzung.

Begründung:

Auch wenn das Asylrecht für politisch Verfolgte ein in Deutschland im Grundgesetz verankertes Grundrecht ist und auf europäischer Ebene mit dem gemeinsamen Europäische Asylsystem ein entsprechendes Rechtsabkommen besteht, sehen wir uns in der Realität mit unermesslichem Leid der aus ihren Heimatländern flüchtenden und Asyl begehrenden Menschen konfrontiert.

Es schockiert, dass auf dem Weg nach Europa laut Angaben des Flüchtlingshilfswerkes der UN, dem UNHCR, im Jahr 2018 über 2000 Menschen auf ihrer Überfahrt im Mittelmeer ums Leben gekommen sind oder als vermisst gelten.

Andere flüchtende Menschen überleben und finden den Weg nach entbehrungsreichen, gefährlichen Fluchten über den Land- oder Seeweg in die Flüchtlingslager an den Außengrenzen Europas. Dort herrschen oftmals menschenunwürdige Lebensbedingungen, die selbst die an Hoffnungslosigkeit und Elend gefürchteten Lager in Afrika übertreffen. Mit den Bränden in der Flüchtlingshöhle von Moria auf Lesbos wurden im Sommer 2020 zudem die schlimmsten Befürchtungen einer humanitären Katastrophe wahr.

Zehn europäische Länder boten ihre Hilfe an und es kam auf europäischer Ebene zu einer Übereinkunft, Leid zu lindern, neue Lager zu bauen und eine niedrig dreistellige Zahl an Flüchtlingen, insbesondere unbegleitete Jugendliche, aufzunehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Stadtratsfraktion Ebersberg

SPD-Stadtratsfraktion Ebersberg

Pro Ebersberg - Stadtratsfraktion Ebersberg

Weitere Bestrebungen der Politik, diese Not zu lindern bzw. Fluchtursachen maßgeblich einzudämmen scheiterten bislang, wie man an dem nicht abreißenden Strom der Flüchtenden sieht.

Stattdessen stehen wir vor einem Ansteigen der Flüchtlingszahlen, verschärft durch die Corona-Pandemie sich weiter ausbreitende Armut und neue bewaffnete Konflikte.

Wir möchten angesichts dieser verheerenden Entwicklung nicht in Passivität verharren, sondern auch in Ebersberg die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ unterstützen. Wir fordern, diesem Bündnis von inzwischen über 190 Städten und Landkreisen beizutreten und hiermit ein Zeichen der Solidarität mit Flüchtenden und Asyl-Suchenden zu setzen.

Die Initiative „Seebrücke – Schafft sichere Häfen“ protestiert gegen das Sterben im Mittelmeer. Sie verweist hierbei auf europäisches Recht, solidarisiert sich mit zivilgesellschaftlich organisierten Hilfsorganisationen und wendet sich gegen die Kriminalisierung von ehrenamtlichen Rettern.

Eine Ebersberger Unterstützung dieser Initiative darf keine reine Solidaritätsbekundung bleiben, sondern in konkreter Hilfe münden und Perspektiven für in Not geratene Flüchtlinge bieten.

Dem Vorbild anderer Städte, wie Regensburg, Grafing, München, Düsseldorf oder Köln folgend, könnten in der Stadt Ebersberg, in der freie Kapazitäten an Asyl-Wohneinrichtungen bestehen, weitere Flüchtlinge außerhalb der Zuweisung gemäß der Umsetzung des Königsteiner Verteilungsschlüssels aufgenommen werden und vermehrt Bemühungen unternommen werden, aktiv bei der Integration behilflich zu sein.

Der Beitritt zur Initiative „Sichere Hafen“ hätte zudem Symbolcharakter für eine menschliche Flüchtlingspolitik. So sind wir der Meinung, dass die vielen Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland, die sich mit den Flüchtenden solidarisch zeigen, bewirken können, dass die Verantwortlichen in Europa nicht länger wegschauen können und Verantwortung für Menschlichkeit übernehmen. Die Verweigerung und Bekämpfung der Rettung von in Seenot geratenen Menschen widerspricht den viel beschworenen Werten des Grundgesetzes und der Europäischen Union.

Wir bitten um Behandlung unseres Antrags in der nächsten Sitzung des Ausschusses Umwelt, Soziales und Kultur.

Mit herzlichem Gruß!

Dr. Block, L. Leng, J. Friedrichs, S. Schmidberger, P. Behounek; Bündnis 9/ Die Grünen,

C. Münch, D. Rauscher, E. Platzer, S. Mühlfenzl; SPD

J. Peis, D. Mayer, G. Otter; Pro Ebersberg

